



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

PRESSEMITTEILUNG

24. November 2020

Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln: KMUs melden starke Umsatz- und Gewinneinbußen, aber verbesserten Zugang zu Finanzmitteln

- Umfrageergebnisse zeigen erhebliche Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds
- Bessere Verfügbarkeit von Bankkrediten wird auf Kreditvergabebereitschaft der Banken sowie öffentliche Unterstützungsmaßnahmen zurückgeführt
- KMUs rechnen mit schlechterer Verfügbarkeit der meisten Außenfinanzierungsmittel

Aus der jüngsten Umfrage über den Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln (SAFE) geht hervor, dass die Umsätze der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) im Euro-Währungsgebiet von April bis September 2020 erheblich schrumpften. Darin meldeten so viele Unternehmen wie nie zuvor seit der Einführung der Befragung im Jahr 2009 einen Umsatzrückgang (per saldo -46 % nach -2 % in der vorangegangenen Umfragerunde). Zugleich wurden in den meisten Ländern und Sektoren rückläufige Gewinne konstatiert (-47 % nach -15 % in der vorherigen Umfrage). Erstmals seit 2009 verringerte sich der Saldo der KMUs, die einen Anstieg der Arbeitskosten meldeten (von 46 % auf 3 %). Auch steigende Material- und Energiekosten wurden seltener angegeben (11 % nach 45 %), während unter dem Strich etwas mehr Unternehmen von höheren Zinsausgaben berichteten (5 % nach 1 %).

Sorgen bereiteten den KMUs vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in erster Linie Schwierigkeiten bei der Kundenakquise (22 %), gefolgt von einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (19 %). In der vorherigen Umfragerunde hatten noch rund 24 % der KMUs das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte als größte Sorge angegeben.

Der Zugang zu Finanzmitteln wurde weiterhin recht selten als Grund zur Besorgnis genannt (10 %). Unter dem Strich meldeten die KMUs abermals eine verbesserte Verfügbarkeit von Bankkrediten (6 % nach 5 %), wobei der entsprechende Anteil in Spanien (17 %), Italien (15 %) und Frankreich (10 %) am höchsten war. Die KMUs führten dies auf die Kreditvergabebereitschaft der Banken (7 % gegenüber 11 %) sowie die öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen zurück. Erstmals seit 2009 vermeldeten die KMUs im Euroraum einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Finanzhilfen (14 % nach -3 %). Dies lässt den Schluss zu, dass die von zahlreichen Ländern aufgelegten Programme zur Bereitstellung staatlicher Garantien für Bankkredite die KMUs auch tatsächlich erreicht haben.

In der aktuellen Umfrage waren mehr gebietsansässige KMUs der Auffassung, dass der allgemeine Wirtschaftsausblick die Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln beeinträchtigt (-41 % gegenüber -30%). Diese Einschätzung war länderübergreifend weit verbreitet, bei den KMUs in Österreich (-57 % nach -31 %), Finnland (-50 % nach -44 %) und Portugal (-49 % nach -29 %) jedoch besonders häufig anzutreffen. Darüber hinaus gaben die KMUs an, dass sie für die kommenden sechs Monate mit einer Verschlechterung der Verfügbarkeit von Bankkrediten rechneten (per saldo -16 % nach -11 %).

Was die preislichen Konditionen der Finanzierung über Banken anbelangt, so berichteten die KMUs im Euroraum per saldo von rückläufigen Zinsen für Bankdarlehen (-4 % nach -10 % in der vorherigen Umfrage). Zugleich meldeten unter dem Strich 20 % der KMUs (nach zuvor 31 %) abermals einen Anstieg der sonstigen Finanzierungskosten wie z. B. Entgelte, Gebühren und Provisionen.

Die Umfrage über den Zugang von Unternehmen zu Finanzmitteln („Survey on the Access to Finance of Enterprises“) dient dazu, Veränderungen der Finanzlage von Unternehmen aufzuzeigen sowie die Entwicklung des Bedarfs an und der Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln zu dokumentieren. Die aktuelle Erhebung wurde vom 7. September bis zum 16. Oktober 2020 durchgeführt. Die Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum von April bis September 2020. Die Stichprobe umfasste insgesamt 11 019 Unternehmen im Euroraum, von denen 10 042 (91 %) weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten.

Medianfragen sind an Herrn [Stefan Ruhkamp](#) zu richten (Tel.: +49 69 1344 5057).

Anmerkung

- Der Bericht zur Umfrage steht unter [Statistics › ECB surveys › Survey on the Access to Finance of Enterprises \(SAFE\)](#) zur Verfügung.
- Detaillierte Datenreihen für die Länder des Euro-Währungsgebiets sowie die aggregierten Ergebnisse für den Euroraum sind über das [Statistical Data Warehouse](#) auf der Website der EZB abrufbar.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.